

Tagesordnungspunkt 1 als gemeinsame Sitzung aller Bezirksvertretungen mit dem Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses

**Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am
09.02.2009**

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus (TOP 1)

 Bethel – Raum im Alten Rathaus (TOP 2 bis 5)

Beginn: 18:30 Uhr
Sitzungspausen: 19:40 – 20:00 Uhr, 20:50 – 21:05 Uhr
Ende: 22:15 Uhr

Anwesend bei TOP 1:

• **Bezirksvertretung Brackwede**

CDU

Herr Diekmann
Frau Flöthmann
Herr Kienitz, Bezirksvorsteher
Herr Krummhöfner

SPD

Herr Brinkmann
Frau Klein
Herr Plaßmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stille

BfB

Herr Breipohl

• **Bezirksvertretung Dornberg**

CDU

Herr Berenbrinker

SPD

Herr Fortmeier
Frau Selle, bis 19:20 Uhr

BfB

Frau Hempelmann, Bezirksvorsteherin

- **Bezirksvertretung Gadderbaum**

CDU

Herr Kögler

SPD

Frau Gerdes

Herr Heimbeck

Frau Schneider, Bezirksvorsteherin

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Flegel-Hoffmann

Frau Herting

Frau Pfaff

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

- **Bezirksvertretung Heepen**

CDU

Frau Kammeier

Herr Rüter, Bezirksvorsteher

SPD

Frau Klemme-Linnenbrügger

Herr Wäschebach

BfB

Frau Kötnitz

- **Bezirksvertretung Jöllenbeck**

SPD

Frau Brinkmann

Herr Tiekötter

- **Bezirksvertretung Mitte**

CDU

Frau Heckeroth

Herr Henningsen, stellv. Bezirksvorsteher

Herr Langeworth

Herr Meichsner

SPD

Herr Emmerich
Herr Franz, Bezirksvorsteher
Frau Mertelsmann
Herr Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bauer
Herr Gutknecht
Herr Gutwald, stellv. Bezirksvorsteher

BfB

Herr Micketeit

FDP

Frau George

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

- **Bezirksvertretung Schildesche**

CDU

Frau Bernecker
Herr Lehr

SPD

Herr Knabe, Bezirksvorsteher

- **Bezirksvertretung Senne**

CDU

Herr Breipohl
Herr Haupt
Frau Niederfranke

BfB

Herr Spiegel von und zu Peckelsheim

FDP

Herr Bolte

Bürgernähe

Herr Bondzio

- **Bezirksvertretung Sennestadt**

CDU

Herr Wohlgemut

SPD

Frau Biermann
Frau Klemens, Bezirksvorsteherin

Herr Masmeier
Herr Nockemann

FDP

Herr Reißner

- **Bezirksvertretung Stieghorst**

CDU

Frau Bosch
Herr Henrichsmeier, Bezirksvorsteher
Herr Hoffmann
Herr Möller
Herr Thole

SPD

Frau Abendroth
Herr Koch, stellv. Bezirksvorsteher
Herr Mühlenweg

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schulz

- **Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss**

CDU

Frau Bernecker
Herr Meichsner, stellv. Vorsitzender
Herr Henningsen
Herr Hoffmann

SPD

Frau Brinkmann
Herr Fortmeier, Vorsitzender
Herr Franz
Herr Schaede
Herr Grube

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gutknecht
Herr Dr. van Norden

BfB

Herr Spiegel von und zu Peckelsheim

FDP

Herr Bolte

Beratende Mitglieder

Bürgernähe

Herr Schmelz

Verwaltung / Externe Berichterstatter

Herr Moss, Dez. 4
Herr Schäffer, 161

Herr Zawada, 161
Herr Lötze, 162
Herr Steinmeier, 162
Herr Schäffer, 163
Herr Hellermann, 164
Herr Holtmann, 166
Frau Busch-Viet, 004
Herr Ellermann, 004
Herr Kricke, 004
Frau Stude, 004
Herr Blankemeyer, 600
Herr Peter, 600
Herr Steinriede, 600
Frau Ostermann, 600, Schriftführerin

Herr Kruse, Junker und Kruse, Stadtforschung, Planung, Dortmund
Frau Kopischke, Junker und Kruse, Stadtforschung, Planung, Dortmund

Anwesend ab „Vor Verhandlung des Tagesordnungspunktes 2“ bis TOP 5:

Vorsitz

Frau Barbara Schneider (SPD)

CDU

Herr Dietrich Kögler

Herr Achim Weigert

anwesend ab TOP 2, 20:00 Uhr

SPD

Frau Elke Gerdes

Herr Ole Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Peter Brunnert

Frau Gudrun Flegel-Hoffmann

Frau Elke Herting

Frau Hannelore Pfaff

anwesend ab TOP 2, 20:00 Uhr

BfB

Herr Manfred Witte

FDP

Herr Gebhard Spilker

Entschuldigt fehlen:

CDU

Frau Eva Maria Bacso

Frau Gerda-Maria Hirse

Frau Patrizia Wehmeyer

SPD

Herr Ottokar Baum

Öffentliche Sitzung:

Herr Fortmeier begrüßt die Anwesenden und erklärt, dass er sich mit den Vorsitzenden der an dieser Sitzung teilnehmenden Gremien dahingehend verständigt habe, dass er die Sitzung leiten werde. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Herr Fortmeier schlägt vor, Frau Ostermann zur Schriftführerin der gemeinsamen Sitzung zu bestellen.

-Der Ausschuss und die Bezirksvertretungen sind einverstanden-

Zu Punkt 1

Gesamtstädtisches Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Vorstellung der grundsätzlichen Inhalte des Entwurfs

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6463/2004-2009

Herr Fortmeier begrüßt Frau Kopischke und Herrn Kruse vom Gutachterbüro Junker und Kruse für Stadtforschung und Planung aus Dortmund, welche in Arbeitsgemeinschaft mit Dr. Acocella den Konzeptentwurf für das Einzelhandels- und Zentrenkonzept erarbeitet haben.

Herr Kruse erläutert anhand des rechtlichen Rahmens, warum eine Stadt ein Einzelhandelskonzept haben sollte.

Wenn sich eine Kommune im Rahmen von Bebauungsplänen mit Einzelhandelsfragen auseinandersetze, dann müsse beantwortet werden, welche Auswirkungen auf die zentralen Versorgungsbereiche entstehen. Die Grundlage für die Beantwortung liefere ein solches Einzelhandelskonzept.

Das Einzelhandelskonzept sei eine Abwägungsgrundlage für eine Kommune, um Entscheidungen herbeizuführen, es nehme jedoch keine Entscheidungen ab. Es liefere jedoch die Begründungsgrundlage, um planungs- und rechtssicher Bebauungspläne aufstellen zu können, wenn Einzelhandel betroffen sei. Es gehe hier um übergeordnete Zielvorstellungen in einer Stadt und um eine Standortstruktur.

Herr Kruse stellt kurz den Aufbau der Untersuchung vor. Ausführlich geht er auf die strategischen Bausteine des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ein.

Herr Moss teilt mit, dass dem Konzeptentwurf sehr lange Sitzungen mit schwierigen Abstimmungsprozessen vorausgegangen seien. Er danke der IHK, dem Einzelhandelsverband, der Bezirksregierung in Detmold, der Wirtschaftsförderung, der Verwaltung, den politischen Vertretern und den beratenden Büros für die homogene und zielorientierte Zusammenarbeit.

An die Politik äußert er die Bitte, das Einzelhandels- und Zentrenkonzept noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, weil der jetzige Rat an dem Entscheidungsfindungsprozess mitgearbeitet habe.

Auch wenn Niedersachsen und Hessen solche Regelungen nicht haben,

halte er den Weg, der in NRW vorgegeben sei, für den einzigen und richtigen Weg, Innenstädte was den Handel betrifft vernünftig zu steuern.

Das Bielefeld auf dem richtigen Weg sei, zeige auch ein Zeitungsartikel aus der Lebensmittelzeitung Deutschland vom 06.02.09 aus dem er zitiert, das Bielefeld seinen Ruf als Einkaufsmetropole aufpoliere. In einer aktuellen Studie der Immobilien-Gruppe Comfort rangiere Bielefeld auf Platz 4 wegen zahlreicher 1 a-Lagen, starker Passantenfrequenz sowie hoher Zentralität und Kaufkraft. Der Einzelhandel erwirtschafte jährlich rd. 2,25 Milliarden Euro Umsatz. Bei der Zentralität liege Bielefeld auf dem Niveau von Köln und Düsseldorf. Die Bindung der Kaufkraft an die eigene Stadt sei mit 95 Prozent sehr hoch. Der Städtereport Bielefeld könne unter www.comfort.de bestellt werden.

Solche Werte können nur erreicht werden, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen und es gelinge Partikular- oder Einzelinteressen in den jeweiligen Stadtteilen hinter die Gesamtstadt zurückzustellen. Man dürfe nur in kleinste Facetten denken, wenn es um die Versorgungsstruktur gehe. Hier sei es wichtig, die Innenstadt so zu stärken, dass sie das Aushängeschild der Gesamtstadt sei. Es sei nicht die Intention des Einzelhandelskonzeptes, dass Stadtteile gegen die Innenstadt ausgespielt werden. Das Flaggschiff müsse jedoch die Bielefelder Innenstadt bleiben.

Ein Thema in Bielefeld sei der Fabrikverkauf. Er bekenne sich dazu, weil es hier um Arbeitsplätze gehe. Der Fabrikverkauf sei in dem Einzelhandelskonzept definiert worden. Die Stadt Bielefeld habe einige Jahre für ein regionales Einzelhandelskonzept gekämpft. Einige Städte aus dem Bielefelder Umfeld hätten sich daran nicht beteiligen wollen. Wenn solche Kommunen jetzt im interkommunalen Gewerbegebiet Direktverkäufe zulassen, dann sage er diesen Kommunen den Kampf an. Hier appelliere er auch an die Bezirksregierung Detmold einzuschreiten. Es könne nicht sein, dass Bielefelder Firmen jetzt abwandern in das interkommunale Gewerbegebiet außerhalb Bielefelds und dort Direktverkäufe durchführen dürfen.

Herr Moss weist darauf hin, dass Detailfragen aus den Bezirken mit den Bezirksvertretungen in den dortigen Sitzungen geklärt werden. Den weiteren Ablauf werde Herr Blankemeyer vorstellen.

Herr Blankemeyer erläutert, dass Herr Kruse die Grundsätze aus den ersten 60 Seiten des Einzelhandelserlasses vorgestellt habe. Wo er noch nicht drauf eingegangen sei, sind die Standortprofile der Bielefelder Stadtbezirke. Dieses sei der Bereich, der die Bezirke angehe und in den Bezirken beraten werden müsse. Nach Abschluss der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden werde man die Standortprofile des Konzeptentwurfes in den jeweiligen Bezirksvertretungen beraten und abstimmen.

Diesen Sitzungen seien für den März 2009 vorgesehen und sollen nach Möglichkeit an den regulären Sitzungsterminen durchgeführt werden. Bei den Bezirksvertretungen, für die keine März Sitzung vorgesehen ist, werden Sondersitzungen im März stattfinden. Die entsprechenden Bezirksvorsteher habe man bereits angesprochen.

Nach den Beratungen in den Bezirksvertretungen werde am 02.04.09 der

Arbeitskreis Einzelhandel einberufen. Für Mai 2009 sei dann der abschließende Beschluss des Konzeptes im UStA, Hauptausschuss und Rat geplant.

Wegen des eng gefassten Zeitplanes sei nur jeweils eine Sitzung in den Bezirken möglich. Herr Blankemeyer äußert daher die Bitte, wenn jetzt schon Fragen zu dem Konzept bestehen, diese schriftlich an die Verwaltung zu übermitteln, damit in Abstimmung mit den Gutachtern fundierte Antworten bereits in den Sitzungen der Bezirksvertretungen möglich sind.

Herr Fortmeier stellt anerkennend fest, wie hier über Partei- und Fraktionsgrenzen und die Grenzen der Bezirksvertretungen hinweg gemeinsam ein solches Projekt für die Gesamtstadt Bielefeld erarbeitet wurde. Darum sollte auch in dieser Legislaturperiode dieses Projekt zum Abschluss gebracht werden. Er habe jedoch keine Sorge, dass in gleicher Weise wie die Vorberatungen, jetzt auch die Endphase mit der Beschlussfassung erfolgen werde.

Frau Köttnitz (Bezirksvertretung Heepen/BfB) fragt, ob man einen Betrieb, den man einer bestimmten Stelle nicht haben möchte, mit dem Einzelhandelskonzept verhindern könne.

Herr Blankemeyer verneint, weil dieses Konzept nur die Grundlage für eine Bebauungsplanung sei. Es müsse immer eine konkrete Bebauungsplanung hinterher geführt werden. Die Begründung für die Bebauungsplanung sei dann aber das Einzelhandelskonzept.

Ergänzend fragt Frau Köttnitz in Bezug auf das Oldentruper Kreuz mit den vielen Geschäften und den furchtbaren Verkehrsverhältnissen, ob man hier die Chance habe, weitere Betriebe zu verhindern.

Herr Blankemeyer antwortet, dass dieses Konzept Grundlage für die Bebauungsplanung sei. In dem Moment, wo ein Investor ein Vorhaben plane, könne man Plansicherungsinstrumente ziehen, d.h. einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan fassen oder eine Veränderungssperre erlassen. In diesem Augenblick sei eine Umsetzung des Bauvorhabens nicht möglich.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, beendet Herr Fortmeier die Sitzung.

Der Bericht der Verwaltung zu den grundsätzlichen Inhalten des Entwurfs des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes wird zur Kenntnis genommen.

-.:-

Vor Verhandlung des Tagesordnungspunktes 2

Die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum wird ab 20:00 Uhr im Bethel - Raum, Altes Rathaus, fortgesetzt.

Frau Bezirksvorsteherin Schneider stellt erneut die Beschlussfähigkeit fest.

Erweiterung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den Punkt 2.1 „Mitteilungen“ erweitert.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 2

Beratung des Haushaltsbudgets 2009 für den Stadtbezirk Gadderbaum auf der Grundlage des am 20.11.2008 in den Rat eingebrachten Haushaltsplanentwurfes

- 2. Lesung -

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 6300/2004-2009,
Haushaltsplanentwurf 2009, Veränderungsliste Schulen, Veränderungsliste Mieten, Finanzplan des Umweltbetriebes, Finanzplan 2009 des Immobilienservicebetriebes, Informationsvorlage, Drucksache 6331; Veränderungsliste Amt für Verkehr

Frau Stude erklärt unter Hinweis auf eine Veränderungsliste des Amtes für Verkehr, dass die investiven Ausgaben auf Seite 1.267 um 50.000,- Euro auf 675.000,- Euro zu erhöhen seien (Ziffer 4 der Vorlage; Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis). Der Betrag sei für den Abschluss der Baumaßnahme Quellenhofweg/Einmündung Bodelschwinghstraße erforderlich. Der Beschluss sei entsprechend zu ergänzen.

Herr Berens geht zunächst auf die Fragen ein, die im Vorfeld der Sitzung von den Fraktionen und Einzelvertretern an die Kämmerei gerichtet worden seien.

Wann ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen?

Herr Berens verweist dazu auf § 76 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (**Anlage I** zur Niederschrift). Dabei erwähnt er, dass nunmehr über einen Zeitraum von vier Haushaltsjahren zu planen sei (2009 -2012).

Auf mehrmalige Nachfragen von Herrn Brunnert, ob konkret für Bielefeld ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen sei, wenn es einen Zuschuss für die Sanierung des Gadderbaumer Freibades gäbe, erwidert Herr Berens, dass ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden sei, wenn die Veränderungsliste (**Anlage II** zur Niederschrift) der Verwaltung (Drucksache Nr. 6341/2004-2009) in der vorliegenden Form insgesamt zur Anwendung käme. Es handele sich bei den Positionen auf der Liste um die abgestimmte Verwaltungsmeinung.

Herr Berens erklärt auf Nachfrage von Frau Schneider, dass die allgemeine Rücklage nicht mit der Ausgleichsrücklage gleichzusetzen sei. Auf

der Passivseite in der Eröffnungsbilanz werde es eine Position „Allgemeine Rücklage“ geben, als rechnerische Resultante aus den sonstigen Aktiva und Passiva. Dazu gebe es bislang nur überschlägige Berechnungen. Die Ausgleichsrücklage hingegen berechne sich nach den Steuereinnahmen.

Herr Witte bringt zum Ausdruck, dass die von Herrn Brunnert angesprochene Veränderungsliste den Eindruck erwecke, dass ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen sei, sofern für das Gadderbaumer Freibad (Position 13) Mittel zur Sanierung - zum Beispiel in Höhe von 1 Million Euro - eingestellt würden.

Herr Berens erläutert, auch auf Nachfrage von Frau Pfaff, dass man die Summe der Maßnahmen betrachten müsse. In wieweit die Politik mit den Vorschlägen der Verwaltung umzugehen gedenke, könne nicht Bestandteil dieser Berichterstattung sein.

Herr Brunnert und Frau Pfaff fragen erneut nach, ob eine Sanierung des Freibades in finanzieller Hinsicht zu einem Haushaltssicherungskonzept führen würde.

Herr Berens betont noch einmal, dass er nur den Gesamthaushalt vertreten könne. Unter den Prämissen, dass alle Planungen zum Haushalt eintreten und andere politische Gremien keine Entscheidungen treffen, die den Haushalt verändern, würden die in der Veränderungsliste angeführten Positionen – einzeln für sich genommen – wohl nicht zu einem Haushaltssicherungskonzept führen.

Herr Spilker hebt hervor, dass die Entwicklungen in der letzten Zeit gezeigt hätten, dass kein finanzieller Spielraum für die Stadt Bielefeld bestehe.

Wird der Bezirksvertretung die Eröffnungsbilanz vorgelegt?

Herr Berens erklärt, dass eine Eröffnungsbilanz nach § 92 Gemeindeordnung NRW aufzustellen sei, welche dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt werde. Es sei im ersten Halbjahr 2009 mit einer testierfähigen Bilanz zu rechnen, wobei eine Beratung in den Bezirksvertretungen nicht vorgesehen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Witte erklärt Herr Berens, dass die Eröffnungsbilanz selbstverständlich für Jedermann zugänglich sein werde.

Werden Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt?

Herr Berens stellt klar, dass Rechnungsabgrenzungsposten in der Eröffnungsbilanz berücksichtigt würden.

Auf die Frage von Herrn Witte, zu welchem Haushaltsjahr die Abgrenzung stattfinde, antwortet Herr Berens, dass das zum Jahr 2008 geschehe.

Wann erhalten die Mitglieder der Bezirksvertretung verbindliche Informationen zum Konjunkturpaket II?

Herr Berens erklärt, dass er derzeit noch keine verbindlichen Informationen mitteilen könne. Derzeit gebe es lediglich Rundschreiben des Deutschen Städtetages, des Städte- und Gemeindebundes, des Innenministeriums, der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sowie eine Bund-Länder-Vereinbarung. Zum Gesetzestext (Zukunftsinvestitionsgesetz - ZulInvG) gebe es noch keine Durchführungs- bzw. Verwaltungsvorschriften. Insofern könne auch keine verbindliche Aussage gemacht werden, was unter dem Begriff „zusätzliche Ausgabe“ als Voraussetzung für eine Förderung zu verstehen sei. Die Kämmerei gehe derzeit davon aus, dass diese Maßnahmen noch nicht für die Jahre 2009/2010 vorgesehen sein dürfen.

Die Stadt Bielefeld könne mit ca. 39 Millionen Euro für die Jahre 2009/2010 rechnen, wobei 65% für Bildungsinfrastrukturinvestitionen und 35% für Infrastrukturinvestitionen zu verwenden seien. Der Verwaltungsvorstand werde dazu noch tagen und die politischen Gremien zu gegebener Zeit mittels Vorlage informieren.

Auf Nachfrage von Frau Pfaff erläutert Herr Berens, dass die Verwaltung die Maßnahmenliste zum Konjunkturpaket II bis zum 13.03.09 überarbeiten werde, um sie anschließend den politischen Gremien vorzulegen.

Herr Berens erwidert auf eine Frage von Herrn Witte, dass die Gelder für den Straßenbau nur verwendet werden dürfen, soweit damit Lärmschutzmaßnahmen verbunden seien.

Gibt es eine aktuelle Steuerschätzung für dieses Jahr bzw. werden zur Zeit Berechnungen durchgeführt, die eine ernst zu nehmende Prognose für dieses und die kommenden Jahre zulassen und somit in den zu beschließenden Haushalt einfließen können?

Herr Berens teilt mit, dass die aktuelle Steuerschätzung vom November 2008 stamme. Die nächste Steuerschätzung werde es am 14. Mai 2009 geben. Die Schätzungen würden bundesweit erfolgen und den Kommunen zur Verfügung gestellt. Die Stadt Bielefeld führe selbst keine entsprechenden Erhebungen durch.

Wie wird die Form des Haushaltsentwurfs für ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker verständlicher, übersichtlicher und in der "Entscheidungsfreundlichkeit" zumutbar gestaltet?

Herr Berens stellt klar, dass die Gliederung des Haushalts dem Grunde nach gesetzlich normiert sei. In Bielefeld habe man sich entschieden, den Haushalt auf Produktgruppenebene zu gliedern. Er bittet, konkrete Missstände mitzuteilen.

Frau Schneider empfiehlt den Mitgliedern der Bezirksvertretung, die Anregungen zur Gestaltung des Haushalts bis zur Sommerpause 2009 der Kämmerei schriftlich mitzuteilen.

Nachdem Herr Berens auf frühere Offerten der Kämmerei an die Politik

hingewiesen hat, regt Herr Kögler an, weitere Schulungen / Infoveranstaltungen zum NKF den Mandatsträgerinnen und Mandatsträger anzubieten.

Herr Brunnert bittet die Fachverwaltung, künftig bei der Aufstellung des Haushaltsplans zu beachten, dass er überwiegend von Laien gelesen und verstanden werden müsse.

Herr Witte warnt davor, mit dem Anspruch an die Fachverwaltung heranzutreten, dass man Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ohne Vorkenntnisse innerhalb von wenigen Tagen zu Experten der Doppik ausbilden könne. Allein das Verstehen einer Bilanz erfordere viel Erfahrung.

Frau Schneider schlägt Herrn Berens die Erstellung eines Glossars vor, damit Politiker beim Lesen des Haushalts eine Hilfe bezüglich der neuen Begriffe zur Hand hätten.

Wann plant der Rat den Haushalt 2009 zu beraten?

Herr Berens erklärt, dass der Rat voraussichtlich am 26.03.2009 über den Haushalt abstimmen werde.

Welche Ansätze/Ausgaben standen den jeweiligen Haushaltspositionen des Entwurfs 2009 in den Jahren 2008 und 2007 gegenüber? Welche Änderungen der Ansätze wurden vorgenommen?

Frau Stude versichert, dass keine Ansätze im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008 gekürzt worden seien. Lediglich die Ausgaben für die Grünpflege des Umweltbetriebes und für Mieten hätten sich erhöht. Die Gelder für den Mehraufwand stünden im Haushaltsplanentwurf zur Verfügung. Bei den Repräsentationsmitteln und den Verfügungsmitteln der Bezirksvorsteherin / des Bezirksvorstehers habe es sogar eine geringe Erhöhung um 1% gegeben.

Herr Brunnert merkt kritisch an, dass man als Mandatsträger diese Aussagen nicht aus dem Haushaltsplan entnehmen könne. Er habe von der Fachverwaltung erwartet, dass eine Vergleichbarkeit der früheren und neuen Ansätze durch Erläuterungen im Haushaltsplan möglich gemacht werde.

Wie sicher sind die Angaben zu den Einnahmen und Ausgaben? Können die Ansätze als "überholt" bezeichnet werden?

Herr Berens bezeichnet die Ansätze als nicht überholt, zumal es noch keine gesicherten Erkenntnisse gebe, um sie verändern zu müssen.

Frau Schneider unterbricht die Sitzung von 20:50 – 21:05 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat, den Haushaltsplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen

- der Produktgruppen 11.01.87 Stadtbezirksmanagement Gadderbaum (Band II, Seite 259 ff.)
- 11.01.97 Bezirksvertretung Gadderbaum (Band II, Seite 311 ff.)
- 11.13.14 Bezirksliches Grün Stadtbezirk Gadderbaum (Band II, Seite 1112 ff.)

wird zugestimmt.

2. Den Teilergebnisplänen der

Produktgruppe 11.01.87 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 1.104 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 54.042 €)

Produktgruppe 11.01.97 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 527 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 18.860 €)

Produktgruppe 11.13.14 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 222.369 €)

wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage I der Vorlage) für die bezirklichen Ansätze der Schulen enthaltenen Aufwendungen und Befugnisse und unter Berücksichtigung der auf Grund eines geänderten Verteilungsschlüssels erstellten Veränderungsliste für Mieten und Pachten an den ISB (Anlage II der Vorlage) zugestimmt.

3. Den allgemeinen Bewirtschaftungsregeln für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt (Band I Seiten 22 - 25).

4. Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben - Bezirkshaushalt – (Band II, Seiten 1263 - 1269) wird bezogen auf

- die ordentlichen Erträge mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum
- die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum
- die Einzahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum
- die Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum

- die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum
- die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum
- die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum
- die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Gadderbaum,

unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage I der Vorlage) für die bezirklichen Ansätze der Schulen enthaltenen Aufwendungen und Befugnisse, unter Berücksichtigung der auf Grund eines geänderten Verteilungsschlüssels erstellten Veränderungsliste für Mieten und Pachten an den ISB (Anlage II der Vorlage) und unter Berücksichtigung der Veränderung des Ansatzes für den Straßenbau („Quellenhofweg“ in Höhe von 50.000,- Euro; Veränderungsliste des Amtes für Verkehr vom 30.12.2008) zugestimmt.

5. Den im Entwurf des Finanzplans 2009 des Umweltbetriebs enthaltenen Investitionsmaßnahmen für den Stadtbezirk Gadderbaum wird zugestimmt.
6. Den im Entwurf des Finanzplans 2009 des Immobilienservicebetriebs enthaltenen Investitionsmaßnahmen für den Stadtbezirk Gadderbaum wird zugestimmt.

- Bei 7 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 2.1
(neu)**

Mitteilungen

1. Sondersitzung der Bezirksvertretung

Am Mittwoch, den 11.03.2009, 17:00 Uhr, findet eventuell eine Sondersitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum zum Einzelhandelskonzept statt.

2. Jugendtreff Martini-Gemeinde

Jeden Donnerstag zwischen 18:30 und 21:30 Uhr findet der offene Jugendtreff der Martini-Kirchengemeinde im Gemeindehaus (Pelloweg 4) statt. Alle 403 Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 16 Jahren, die in Gadderbaum wohnen, werden auf die Freizeitmöglichkeit im Namen der Bezirksvertretung Gadderbaum schriftlich hingewiesen. Ein Muster des Anschreibens mit dem Handzettel ist an die Mitglieder der Bezirksvertretung verteilt worden.

(Frau Pfaff bedauert, dass lediglich ein Handzettel und kein auffälligeres Faltblatt verteilt worden sei. Im Gegensatz dazu sei die Karte mit dem Anschreiben zu groß geraten. Sie zeigt sich empört darüber, dass der

Handzettel von der Martini – Kirchengemeinde und nicht von der Verwaltung angefertigt wurde, da sich viele Jugendliche durch den Begriff „Kirche“ von einem Besuch abhalten lassen würden.

Anschließend findet eine kontroverse Diskussion darüber statt, ob und in wieweit die Kirchengemeinde für den Betrieb des Jugendtreffs mitzeichnen dürfe.

Herr Heimbeck erinnert daran, dass die Kirche die Räume freundlicherweise zur Verfügung stelle, ohne religiös missionarisch tätig sein zu wollen.)

3. Informationen für Eltern vierjähriger Kinder

Das Amt für Jugend und Familie – Jugendamt - teilt mit:

Das Schulrechtsänderungsgesetz 2003 verpflichtet die Kommunen, Informationsveranstaltungen für die Eltern vierjähriger Kinder durchzuführen. Die Veranstaltung findet in diesem Jahr am 28.02.2009 in der Zeit von 11:00 bis 13:00 Uhr im Großen Saal in der Ravensberger Spinnerei statt. Wie in den letzten Jahren, wird auf einem „Markt der Möglichkeiten“ über die Bildungsarbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder und verschiedenen Bereichen aus dem Grundschul- und Primarbereich informiert. Die den Mitgliedern der Bezirksvertretung vorliegende Einladung wurde Ende Januar an die Eltern der Kinder des Geburtsjahrganges 01.09.2004 – 31.08.2005 verschickt.

4. Sanierung des Freibades Gadderbaum

Herr Oberbürgermeister David hat in der letzten Sitzung des Rates (18.12.2008) berichtet, dass die Bezirksvertretung Gadderbaum am 27.11.2008 folgenden Beschluss gefasst habe: „Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat der Stadt sich dafür einzusetzen, dass das Freibad Gadderbaum eine Grundsanierung erhält. Der Rat möge dafür auch die nötigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.“ An die Fraktionen und Gruppen im Rat wurden entsprechende Vorab -Auszüge aus der Niederschrift verteilt.